

Schulentwicklungsplan und zu wenig Platz in der Grundschule – Was hat das Eine mit dem Anderen zu tun?



von
Silke Voges,
parteilose
Kandidatin
der LINKEN
zur Bürger-
meisterwahl
in Erkner am
18. Februar
2018

Foto: Foto Schatz

Der Schulentwicklungsplan für unseren Landkreis ist verabschiedet worden. Der wichtigste Punkt für unsere Stadt: Auf dem heutigen Gelände der Morus-Oberschule soll ein Schulzentrum entstehen und Platz für die Klassen 1-13 bieten. Der dazu gehörende Investitionsplan soll am 4. Dezember verabschiedet werden. Hier gab es nun in den vergangenen zwei Wochen Unsicherheit, ob auch dieser Plan an dem Standort festhalten wird.

Der Sozialausschuss hat sich in seiner Sitzung am 13. November eindeutig positioniert: Wir möchten das Schulzentrum! Und zwar so schnell wie möglich.

So könnte sich die Lage in der Grundschule entspannen, die schon jetzt zu viele Klassen beherbergen muss. Im neuen Schuljahr wird die Lage prekär. Es fehlen ausreichend Räume für alle zu erwartenden Schulanfänger. Wenn hier keine Lösung gefunden wird, heißt das im Klartext: der Direktor muss Kinder ablehnen.

Die Schulkonferenz der Grundschule hat sich festgelegt: Alle Beteiligten favorisieren eine Containerlösung auf dem Gelände des Hortes.

Diskutiert wird aber auch eine Variante, die von der LINKEN nicht unterstützt wird: Der Bezug der bereits vorhandenen Container auf dem Gelände des Gymnasiums. Hier hat der Rektor des Gymnasiums eine klare Meinung: Der Platz mit den Containern wird dringend als Freifläche benötigt. Nicht nur das: Die Lehrer der Grundschule müssten pendeln, in den Containern gibt es keine sanitären Anlagen, zu wenig Außenfläche und, und, und ...

Die Stadtverwaltung hatte bereits am 4. September zugesichert, spätestens am 13. November die einzelnen Varianten einer Übergangslösung mit den jeweiligen Kosten vorzustellen.

Geliefert hat sie nicht. Es wurde noch nicht einmal dargestellt, wie weit eine solche Prüfung gediehen ist, welche Varianten geprüft werden etc. Das kann nicht sein!

Die Verärgerung der Eltern ist mehr als verständlich. Die Schulanmeldung für das neue Schuljahr erfolgt im Februar 2018. Bis dahin muss die Grundschule Planungssicherheit haben! Der Ausschuss forderte die Verwaltung auf, bis Ende Januar die Lösungen nun endlich zu präsentieren.

Mein Vorschlag: ein runder Tisch mit allen Beteiligten, incl. dem Schulträger der Morus-Oberschule. So gelingt es vielleicht, eine Lösung zu finden, mit der alle leben können.

Was hat nun der Schulentwicklungsplan mit der Grundschule zu tun?

Wir brauchen dringend in Erkner einen Schulentwicklungsplan für unsere Stadt! Nur so können wir vermeiden, dass wir den Ereignissen hinterherlaufen. Agieren statt reagieren!

Was passiert z.B. wenn der Kreis sich doch entscheidet, das Schulzentrum an anderer Stelle zu errichten? Müssen unsere Kinder dann schon in der ersten Klasse lange Wege in Kauf nehmen? Im Übrigen sind im Schulentwicklungsplan des Landkreises folgende Fahrzeiten als zumutbar definiert:

„Die Zumutbarkeit ist dann gegeben, wenn

1. für Schülerinnen und Schüler der Primarstufe (Kl. 1–6) nicht mehr als 45 Minuten für den reinen Schulweg in eine Richtung,
2. für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I (Kl. 7–10) nicht mehr als 60 Minuten für den reinen Schulweg in eine Richtung,

Juristendeutsch stiftet Verwirrung – die Stadtverwaltung tut ihr Übriges

Kinder brauchen vernünftiges Essen – zu Hause, in der Krippe, in der Kita, im Hort und in der Schule. Essen die Kinder in den Einrichtungen zu Mittag, sparen die Eltern natürlich den Aufwand dafür. Deshalb sollen die Eltern einen Essenszuschuss an die Träger zahlen. Und dieser

KURZ UND BÜNDIG

Zwei Fragen – Zwei ungekürzte Antworten der Verwaltung

■ Wie sind die Räume im Sportzentrum Erkner ausgelastet?

Im Sportzentrum stehen den dort ansässigen Sportvereinen Lagerräume zur Verfügung. Für die Lagerräume wurden Mietverträge abgeschlossen. Die Lagerräume dienen nur zur Lagerung für das zum Training notwendige Material. Hier gibt es weder Leerstand noch Reserven.

Darüber hinaus sind im Obergeschoss drei Clubräume. Diese können nach Absprache mit dem Pächter der Gaststätte kurzzeitig (stundenweise) genutzt werden. Hier ist es unerheblich, ob es sich um Sportvereine, andere Vereine oder Privatpersonen handelt.

Eine dauerhafte Vermietung der Clubräume ist nicht vorgesehen, da das Sportzentrum allen Einwohnern der Stadt zur Verfügung stehen soll.

■ Wie geht es konkret mit der Gaststätte im Sportzentrum weiter?

Seit dem 1. Oktober 2017 gibt es wieder einen Pächter.

3. für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II (Kl. 11–13) nicht mehr als 90 Minuten für den reinen Schulweg in eine Richtung als Fahrzeit notwendig sind.“

Das kann nicht unser Ziel sein. Wir müssen uns darauf konzentrieren, dass wir in unserer Stadt so planen, dass eine solche Fahrzeit eine Idee bleibt, die nicht Wirklichkeit wird!

Setzen Sie sich mit mir für Erkners Schullandschaft ein und entscheiden Sie sich bei der Bürgermeisterwahl am 18. Februar für eine verlässliche, der Zukunft zugewandten Politik.

Ihre Bürgermeisterkandidatin Silke Voges,
sachkundige Einwohnerin im Sozialausschuss

Zuschuss soll nur den Gegenwert ausgleichen, den die Eltern bei gehaltvoller Beköstigung einsparen. Auf die tatsächlichen Kosten für die Zubereitung der Speisen beim Träger oder dem Essenslieferanten darf es hingegen nicht ankommen. So ordnet es das Kitagesetz in seinem § 17 Abs. 1 an (Essengeld). So sieht es auch das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg: „Nicht die Herstellungskosten sind der Maßstab, sondern der Gegenwert, den die Eltern dadurch einsparen, dass ihre Kinder in der Kindertagesstätte Mittag essen.“ (OVG 6 B 87.15, Urteil vom 13. September 2016). In den Wert der ersparten Eigenaufwendungen gehen die Rohmaterialien, Grundstoffe, Energie und in entsprechendem Umfang Be- und Entsorgungskosten ein. Mehr nicht!

Unsere Stadtverwaltung mag das nicht leiden. Sie legt nämlich nun den Entwurf einer Essengeld-Satzung zur Beschlussfassung durch die Stadtverordneten vor. Und bei dem Essengeld der Eltern will sie zusätzlich noch Kosten wie Heizung (anteilig), Nutzung von Räumen (anteilig), Ausstattung/Ausrüstung und Abschreibungen (anteilig) angerechnet sehen.

Nach unserer Intervention hat die Verwaltung in der Sitzung des Hauptausschusses am 21. 11. eine neue Kalkulation vorgelegt. Das Essengeld soll nun 1,38 € (+0,23 € im Vergleich zu heute) in der Krippe, 1,52 € (+0,02 €) in der Kita und 2,16 € (+0,41 €) in Hort und Schule betragen.

Die noch im Sozialausschuss am 13. 11. versprochenen konkreten Berechnungsgrößen liegen heute teilweise vor. Die Empfehlungen der „AG 17“ – einem Zusammenschluss aus Vertretern von Kommunen, Landkreisen, Land, freien Trägern und Eltern zur Regelung der Fragen nach dem Kitagesetz – (Entwurf, März 2017) scheinen unbekannt.

Im Grundsatz will die Stadt eine volle Kosten-erstattung, nicht nur einen Zuschuss. Im Grunde sollen damit die Eltern zusätzlich für etwas zahlen, was sonst andere Kostenträger, insbesondere die Stadt selbst übernehmen müssten.

Aufgepasst: Die Stadt ist selbst nur Träger der Schule. Nur dort gilt dann die Satzung unmittelbar. Die privaten Träger von Krippe, Kita

und Hort sind lediglich verpflichtet – aber auch berechtigt, die Essengelder in den Betreuungsvertrag mit den Eltern (sogar mit Abweichungen) zu übernehmen. Das hängt dann auch von der Bereitschaft der Eltern ab. Die sollten die Kalkulation prüfen, bevor sie sich auf eine Änderung einlassen.

Die Fraktion der LINKEN wird in der Stadtverordnetenversammlung den Entwurf ablehnen und beantragen, dass die bestehende Essengeldsatzung – ja, es gibt bereits eine – jetzt nicht geändert wird. Aktuell ist keine Not – und Unklares bekommt unsere Zustimmung nicht.

Dr. Elvira Strauß, Vorsitzende des Sozialausschusses;

Michael Voges, Mitglied im Finanzausschuss

Der Berg kreiste und gebar eine Maus

Seit über drei Jahren kämpft die Linksfraktion in der Stadtverordnetenversammlung darum, die Satzung der Elternbeiträge für die Kindereinrichtungen in unserer Stadt gerechter und transparenter zu gestalten. Akteneinsicht wurde uns bisher verwehrt, mit dem Argument „Schutzwürdige Belange der Kitas in freier Trägerschaft“. 2017 sollte das Eis aber brechen. Die Erkneraner Stadtverwaltung beauftragte eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) mit der Kalkulation unserer Elternbeiträge. „Im Herbst, spätestens im Fachausschuss am 13. 11. 2017, wird das zur Diskussion gestellt“, versprach der Bürgermeister. Gegenüber einem Wirtschaftsunternehmen spielten die schutzwürdigen Belange der Kindereinrichtungen keine Rolle. Ich frage mich, welche Rolle ich als Stadtverordnete spiele. Glauben, vertrauen und brav die Hand heben, das können Andere. Ich will wissen, verstehen und im Sinn der Erkneraner Eltern und Kinder entscheiden.

Das ist nicht nur deshalb unmöglich, weil ich relevante Zahlen nicht einsehen darf, sondern

auch, weil das Thema Elternbeiträge für Kindereinrichtungen kurzfristig von der Tagesordnung genommen wurde. Drei Gründe führt die Verwaltung an:

1. Erkner will erst handeln, wenn das tragfähige Handlungskonzept der „AG 17“ im ersten Quartal 2018 vorliegt.
2. Der Personalschlüssel – die Relation von Kindern pro Erzieherin – hat sich 2017 geändert und wird sich 2018 wieder ändern. Eine exakte Kalkulation sei nicht möglich, stellen die beauftragten Fachleute fest.
3. Ab Herbst 2018 soll, so der noch nicht beschlossene Wille der Landesregierung, ein Jahr Beitragsfreiheit für Kita-Kinder eingeführt werden. Wie damit bei der Kalkulation der Beiträge umzugehen ist, ist unklar.

Also keine transparente, gerechte Beitragssatzung für die Elternbeiträge in Erkner sondern nur eine Erhöhung der Essengeldbeiträge.

Dr. Elvira Strauß

Termine

- Di. 5. 12., 18.30 Uhr, Erkner, Rathaus, Bürgersaal, 18. Stadtverordnetenversammlung mit Einwohnerfragestunde
 - Sa. 9. 12., 10–12 Uhr, Erkner, Friedrichstraße (Höhe REWE), 16. Bürgersprechstunde vor Ort mit der Bürgermeisterkandidatin Silke Voges
- Weitere Termine, Infos unter www.linke-erkner.de.

Impressum:

Erkner – ungefiltert – Informationen der Fraktion DIE LINKE in der SVV Erkner, V.i.S.d.P.: Dr. Elvira Strauß, Fraktionsvorsitzende, Tel. 5 74 70 03; Redaktionsschluss: 23. Nov. 2017, Auflage: 5 000; Druck: Buch- u. Offsetdruckerei Häuser KG, Köln; kontakt@linke-erkner.de, www.linke-erkner.de, www.facebook.com/fraktiondielinkeerkner/

Aus der Bauausschusssitzung am 14. 11.

Anträge der Fraktion DIE LINKE

■ Lärm- und Schadstoffmessung in der Friedrichstraße

Die Verkehrsbelastung in der Friedrichstraße und den angrenzenden Straßen ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Ein weiterer Anstieg ist zu erwarten. Die Folgen: Mehr Lärm, Feinstaub und Stickstoffoxide gefährden unsere Gesundheit. Für Maßnahmen zur Reduzierung der Luftverschmutzung brauchen wir kontinuierlich aktuelle Daten zu Schadstoffbelastung. Unser Antrag hat das Ziel diese Daten erfassen zu lassen.

Laut Stadtverwaltung liegen zur Luftverschmutzung nur ältere Hochrechnungen vor. Diese würden innerhalb der Grenzwerte liegen.

Die Verwaltung teilte weiter mit, dass die Wohnungsgesellschaft Erkner an einem überörtlichen Messprogramm teilnehmen wird. Es soll fünf Messpunkte an verschiedenen Orten in Erkner geben. Über die Notwendigkeit weiterer Messungen wird nach Vorlage detaillierter Informationen beraten.

Zur Fluglärmmessung soll im Innenhof des Heimatmuseums eine Messstation aufgebaut werden, so die Verwaltung.

DIE LINKE bleibt wie immer dran!

■ Auswertung der mobilen Geschwindigkeitsmessanlage und weitere Beschaffung solcher Anlagen

Es gibt immer wieder Hinweise, dass vor den Kindereinrichtungen und Schulen zu schnell gefahren wird. Mitbürger fragten nach, ob die Geschwindigkeiten der Fahrzeuge nicht gemessen werden könnten.

Momentan besitzt unsere Stadt eine mobile Geschwindigkeitsmessanlage. Auf Anfrage der LINKEN wurden mit der Anlage wieder Messungen vor Kindereinrichtungen und Schulen durchgeführt. Die Messdaten liegen vor. Unser Antrag zur Auswertung der Messergebnisse wurde angenommen.

In der nächsten Sitzung des Fachausschusses soll basierend auf der Auswertung entschieden werden, ob weitere mobile Geschwindigkeitsmessanlagen zu erwerben sind. Weiterhin soll beraten werden ob diese Anlagen mit Visua-

lisierungshilfen für Kraftfahrer – z.B. Display mit Smilies – versehen werden können.

Auch hier bleibt DIE LINKE dran.

Mario Hausmann, Mitglied im Bauausschuss

Weiter Informationen aus der Sitzung finden Sie im Internet auf www.linke-erkner.de und www.facebook.com/fraktiondielinkeerkner/.

MEINUNG

Sport im Eigenbetrieb – ein Eigentor?

Unsere Sportler treffen sich in Erkner im Eigenbetrieb der Stadt. Ein Eigenbetrieb ist so was wie eine Firma der Stadt, gehört der Stadt – wird aber gesondert abgerechnet. Das hat Vorteile bei der Planung und Finanzierung. Gerade dann, wenn der Betrieb nicht kostendeckend ist (Stichwort: Daseinsvorsorge).

Jüngst haben die Stadtverordneten nun die Stadthalle und die Sporthalle Seestraße dem Eigenbetrieb zugeordnet. Das war vernünftig. Sportplanung in einer Hand. Sollte man meinen ...

So ein Eigenbetrieb hat einen Werkleiter, den Bürgermeister oder einen städtischen Angestellten und einen Aufsichtsrat, den Werkausschuss. Der kontrolliert den Werkleiter bei den einzelnen Maßnahmen im Betrieb und gibt die Richtung der weiteren Planung vor. So sollte es jedenfalls sein.

Dumm nur, dass in Erkner auf einen gesonderten Werkausschuss verzichtet worden ist. Dessen Aufgaben soll der Hauptausschuss der Stadtverordneten übernehmen. Nur: Der ist viel zu schwerfällig, mit anderen Themen überhäuft und tagt viel zu selten. Das führt dann leicht zu einigen Merkwürdigkeiten!

Den laufenden Betrieb der Sportgelände und -hallen führt die Wohnungsgesellschaft. Die ist von der Stadt zu bezahlen, heckt einen Gewinn und führt Steuern ab. Das bringt vermeidbare Kosten. Die muss die Stadt ausgleichen – oder die Sportler. Und so richtig kontrollieren und steuern kann man das Agieren des außenstehenden Betreibers auch nicht. Der hat ja mit dem Werkausschuss nichts zu tun.

Es fehlt einfach häufig an den Informationen, guten wie schlechten, um rechtzeitig eingreifen, steuern zu können. Damit fehlt es auch an dem Steuern und Eingreifen selbst. Und fragt man nach, schiebt der Eine die Antwort auf den Anderen – und anders herum. Oder man hat von nichts gewusst.

Man könnte meinen, das sei so von unserem Werkleiter beabsichtigt.

Ich denke, das werden wir ändern müssen. Also: Rote Karte für unsere Werkleitung!

Michael Voges, Mitglied im Hauptausschuss